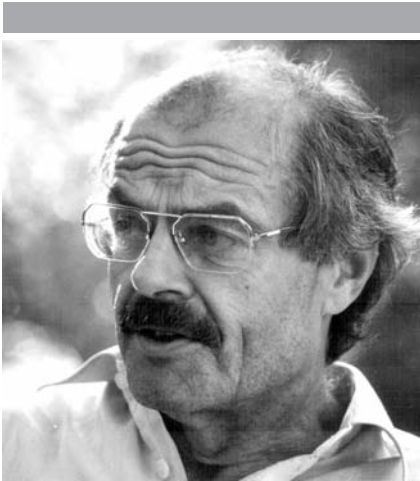


Die Krise als Lerngelegenheit

von Gerd Steffens



Prof. Dr. Gerd Steffens lehrte bis 2007 Politische Bildung und ihre Didaktik an der Universität Kassel. Als Redakteur von *Polis* verabschiedet er sich mit diesem Heft.

Wer von der Zeitschrift *Merkur*, die sich gern den grundlegenden Fragen zuwendet, Denkanstöße zu erwarten gewohnt ist, durfte im Krisenjahr 2009 dem jahresüblichen Doppelheft mit Spannung entgegen sehen. Denn 2003 hatten die Herausgeber das Editorial zum Doppelheft „Kapitalismus oder Barbarei?“ mit folgender Bemerkung geschlossen:

Die 1997 (im Doppelheft „Kapitalismus als Schicksal?“) noch bevorzugte Antwort – es komme letztlich doch auf die Politik, nicht die Ökonomie an – sei „von heute aus“ – 2003 – gesehen „naiv“. Diese Antwort missverstehe den Kapitalismus, halte ihn „für eine Form der Ökonomie, der sich die Politik entgensetzen könnte“. Nicht nur Ökonomie also sei der Kapitalismus, sondern er sei die Bedingung von Rechtsstaat und Demokratie überhaupt, meinten die Herausgeber 2003, und errichteten ein Podest mit den Helden des Marktliberalismus: Smith, Ricardo, Hayek, Friedman. „Aber“, so schloss das Editorial, „vielleicht sieht das in sechs Jahren wieder anders aus“ (*Merkur* 2003, S. 745f.).

Diese Freiheit des Neu-Denkens hat sich der „*Merkur*“ 2009 nicht genommen. Nachdem die Politik die kapitalis-

tische Weltökonomie vor dem Zusammenbruch gerettet hat, schweigt der „*Merkur*“ zum Kapitalismus und widmet sein Doppelheft – vielleicht eine subtile Selbstironie – dem Thema „Helldengedenken“. Wenn alle Welt vom Kapitalismus redet, ist es ja auch vornehmer, davon zu schweigen.

Glaubenssätze auf dem Prüfstand

Solche Vornehmheit kann sich *POLIS* nicht leisten, denn politisches Lernen hängt zu hohen Graden an Gelegenheiten. Und kaum etwas anderes wurde der Krise mehr zugeschrieben, als eine Lerngelegenheit zu sein. Alle Welt war sich einig, dass aus und an der Krise gelernt werden müsse. Nachdem sich die Schockstarre des „*Blicks in den Abgrund*“ (Peer Steinbrück), die insbesondere die Ökonomen befallen hatte, gelegt hatte, durfte alles auf den Prüfstand.

Der *Markt und seine „Selbstheilungskräfte“*? Peinlich, dass man daran geglaubt hatte, wo doch gerade ganze Gesellschaften ihre Zukunft und die ihrer Nachkommen verpfändeten, um durch gigantische, in ihrer Größenordnung bis dahin gar nicht vorstellbare Summen die desaströsen Folgen eines Marktversagens aufzufangen.

Die „*Effizienz des Marktes*“, der als perfektes System der Informationsverarbeitung im ständigen Spiel von Angebot und Nachfrage alle Waren mit dem richtigen Preis auszeichnet? Offenbar eine naive Grundannahme, wenn sie so lange mit gewaltigen Blasen und augenscheinlichen Verrücktheiten der Preisbildung einhergehen konnte.

Und die mit seiner unübertrefflichen Effizienz begründete *Freiheit des Marktes von politischer Regulierung*? Diese in den letzten zwanzig Jahren so weitgehend durchgesetzte Freiheit hatte, wie jede Nachricht aus dem Innern der zusammengebrochenen Finanzmärkte deutlich machte, vor allem zu grenzenloser Risikobereitschaft bei zunehmender, z.T. gezielt hergestellter Intransparenz ge-

führt. Vollgas im dichten Nebel im Rennen um die beste Rendite – von Rationalität des Verhaltens oder des Durchblicks, welche die ökonomische Theorie dem homo oeconomicus unterstellt, keine Spur.

Doch darüber brauchte sich eigentlich niemand zu wundern, hatte doch die neoliberale Revolution der Denkungsart – unter kräftiger Mithilfe der Politik – der Freiheit der bestmöglichen Rendite auf das eingesetzte Kapital – „*Shareholder Value*“ – eine unangefochtene Alleinstellung als Legitimationsquelle des Handelns verschafft. Und das System der nach kurzfristigem Gewinn bemessenen Boni befeuerte die Wirksamkeit dieser einzig verbliebenen Grundregel.

Es darf wieder gefragt werden

Solche hier auf ihre Grundzüge reduzierten Befunde lassen sich derzeit – noch – dem öffentlichen Diskurs ablesen. Mit den einschlägigen Artikeln aus den Wirtschaftsteilen allein deutscher Zeitungen aus 2009 ließen sich leicht 25 *POLIS*-Hefte füllen. Sie signalisieren eine Öffnung von Fragestellungen, wie sie vor der Krise unter der Herrschaft der Glaubenssätze der radikalisierten Marktfreiheit nicht denkbar gewesen wäre. Um nur wenige Beispiele anzuführen: Wenn vom „*Elend der Ökonomen*“ (FAS 4.10.09) und ihrer Wissenschaft die Rede ist, wenn Joseph Stiglitz vom „großen Irrtum des Adam Smith“ und der Legende von der „unsichtbaren Hand“ schreibt (SZ, 31.12.09), wenn der „*Spiegel*“ titelt: „Warum der Kapitalismus nicht aus seinen Fehlern lernen kann“ (11.5.09), wenn Hans Werner Sinn (s. seinen Beitrag in diesem Heft) unter dem Titel „*Das System war faul*“ mit Sarah Wagenknecht über „die richtige Antwort auf die Krise“ debattiert (Die Zeit, 25.6.09), so belegen schon diese wenigen Beispiele, dass Krisenerklärungen an einer kritischen Revision grundlegender Denksätze der Ökonomie nicht vorbei gehen können.

Die „*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*“ rückte die Frage nach den Grundlagen des Kapitalismus gar in die Perspektive des Sozialismus. „*Der Sozialismus ist gar nicht so übel*“ titelte sie in ihrem Wirtschaftsteil am 20.12.09 –

eine gezielte Provokation, die den Blick dafür öffnen sollte, dass die Frage: Was nun und wie weiter? zunächst den Prinzipien gelten muss, nach denen sich die Gesellschaft ökonomisch reproduziert und politisch-moralisch integriert. „Den anderen, mit dem ich im wirtschaftlichen Tausch stehe, nie nur als Mittel, sondern immer als Endzweck zu behandeln“ – mit dieser an Kant angelehnten Formulierung leitete Rainer Hank die Dokumentation der Reaktionen auf die Sozialismus-Provokation ein (FAS, 3.1.10). Er markierte damit den Ankerpunkt eines Denkens, welches sich der Heiligsprechung individueller Nutzenmaximierung als Basisregel der Vergesellschaftung widersetzt und Gesellschaft eher auf die soziale Produktivität wechselseitiger Anerkennung gründen will.

Den Sinn für Lerngelegenheiten reaktivieren

Für Politische Bildung bieten Krisen unvergleichliche Lerngelegenheiten: Sie unterbrechen den gewohnten Gang der Dinge und regen über die Unterscheidung von *vorher und nachher* Zeitbewusstsein und über die Unterscheidung *so oder anders* den Sinn für Alternativen an. Gegebenheiten verlieren die Aura des Selbstverständlichen und Überzeitlichen und zeigen sich als Produkt menschlichen Handelns und menschlicher Interessen. Ob es gut so ist, wie ist, oder was daran nicht gut eingerichtet ist, wem es nützt und wem es schadet, wird zur unabweisbaren Frage.

Diese Gelegenheiten können freilich nur genutzt werden, wenn die professionellen Vermittler politischer Bildung, statt mit klappernden Kompetenzmodellen und Bildungsstandards zu hantieren, mit den Heranwachsenden das Interesse an der Welt, wie sie ist und wie sie sein könnte, teilen. Statt an vermeintlich messbarer Ergebniseffizienz sich zu orientieren, müsste die Politikdidaktik ihren Sinn für

Lerngelegenheiten reaktivieren und für die Impulse, die von der Dynamik und Offenheit des Gegenstandsfeldes selbst ausgehen. Die Diskurse, in denen eine

Für politische Bildung bieten Krisen unvergleichliche Lerngelegenheiten, weil sie den gewohnten Gang der Dinge unterbrechen.

Gesellschaft über den Stand der Dinge und darüber, wo es hingehen soll, sich verständigt, sind das eigentlich gegebene Feld politischen Lernens mit jungen Menschen, die diese Welt zu ihrer zukünftig eigenen machen wollen.

Gerade der Blick auf die Krise als geöffnetes Feld von Lerngelegenheiten macht augenfällig, dass es vor allem zwei Grundfähigkeiten sind, über die sich Heranwachsende Wege des Verstehens in die Welt bahnen können. Es sind dieselben, deren die Diskurse einer verständigungsorientierten Gesellschaft bedürfen: sich prüfend und argumentierend auf einen Horizont geteilter rationaler Regeln der Geltung zu beziehen, sich also suchend und klärend „*diskursiv*“ verhalten zu können, und den

Auf die erklärende Kraft von Erzählung, von „Narrativität“, sollte gerade politische Bildung nicht verzichten – für die Politikdidaktik könnte sich die Krise auch darin als eine Lerngelegenheit erweisen.

Dingen auf den Grund ihrer Entstehung zu gehen, Verhältnisse durch die Rekonstruktion ihrer Entwicklung verstehen und sie als Zusammenhang darstellen, *erzählen* zu können. Gerade Krisen – als Bruch des Herkömmlichen und Selbstverständlichen – erinnern daran, dass *Erzählen* eine unverzichtbare Dimension des Verstehens ist. Mit *Erzählen* ist natürlich nicht nur literarisches Erzählen gemeint, sondern jede Rekon-

struktion von Vorgängen und ihre Mitteilung. Wie etwas geschehen ist zu rekonstruieren, ist das Mittel (wenn auch oft nur der Versuch), sich sonst Unverstehbares verstehbar zu machen und es erzählend anderen zur Prüfung zu geben. In seinem Buch über den *flexiblen* Menschen, einer Studie über Lebens- und Identitätskrisen im neuen Kapitalismus, zeigt *Richard Sennett*, wie eine Gruppe von IBM-Ingenieuren die Katastrophe ihrer Entlassung erzählend bearbeiten, bis sie eine Form der Rekonstruktion ihres Lebens gefunden haben, die den Bruch auch vor dem prüfenden Blick der jeweils anderen überzeugend integriert. Was für die Selbstverständigung der einzelnen gilt, gilt auch für die der Gesellschaften. Krisen öffnen, wie auch die gegenwärtige Debatte (noch) zeigt, die historische Dimension, lenken den Blick auf Ursachen und Bedingungen, deren kritische Rekonstruktion zum unverzichtbaren Modell der Erklärung wird.

Auf diese besonderen Chancen des Lernens wollen Titel und Beiträge dieses POLIS-Heftes *Die Krise erzählen – den Kapitalismus erklären* mit einem gewissen Nachdruck hinweisen. Auf die erklärende Kraft von Erzählung, von „Narrativität“, sollte gerade politische Bildung nicht verzichten – für die Politikdidaktik könnte sich die Krise auch darin als eine Lerngelegenheit erweisen. Leicht ließe sich übrigens das Feld dieser

Lerngelegenheiten interdisziplinär auf große (Finanz-)Krisenerzählungen der Weltliteratur erweitern, um z.B. an *Lion Feuchtwangers* „Jud Süß“, an Erzählungen *Balzacs* oder – zeitgenössisch – etwa an *Richard Ford*: „Die Lage des Landes“ oder *Don DeLillo*: „Cosmopolis“ den Zusammenhängen von gesellschaftlich vorherrschenden Denkweisen und ökonomischen Verhältnissen nachzugehen – aber das hätte ein weiteres POLIS-Heft erfordert.